

Stephan Lanz

Berliner Diversitäten: Das immerwährende Werden einer wahrhaftigen Metropole

Erschienen in: Wolf-Dietrich Bukow u.a. (Hg.): Neue Vielfalt in der urbanen Stadtgesellschaft. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 115-131

Berlin besitzt heute auf globaler Ebene das Image einer kosmopolitischen, durch eine dynamische ethnische und kulturelle Diversität charakterisierten Metropole. Dieses Bild der Stadt korreliert zunehmend mit Alltagserfahrungen, wonach öffentliche Räume in innerstädtischen Quartieren wie Mitte, Kreuzberg oder Neukölln eine, wenn man so will, babylonische Vielfalt von Sprachen oder kulturellen Zeichen aufweisen, die man bisher lediglich von Weltstädten wie New York oder London zu kennen meinte. Noch vor kurzem herrschte in der deutschen Stadt eine Wahrnehmung vor, welche zwar auf Seiten der einheimischen Mehrheitsgesellschaft eine Diversität der Lebensstile erkannte, die mit Gastarbeitermilieus gleichgesetzten Einwanderer hingegen lediglich als Angehörige vermeintlich homogener ethno-nationaler Kulturgruppen im Blick hatte.

Im folgenden Text analysiere ich am Beispiel Berlins die Frage, inwiefern, warum und auf welche Weise sich diese Imagination einer Stadt, in der Einwanderer als Fremdkörper galten oder zumindest als vermeintlich ‚Andere‘ auf Distanz gehalten wurden, in eine Imagination der Stadt als ethnisch und national diversitäre Metropole transformiert hat. Dafür möchte ich Dispositive rekonstruieren, die das Handlungsfeld Migration/Stadt politisch bearbeiten, und dabei auf städtischer wie nationaler Ebene deren Kernelemente identifizieren sowie historische Brüche markieren, welche die skizzierte Transformation ermöglicht haben. Foucault (1978, 119f) versteht unter einem Dispositiv "ein entschieden heterogenes Ensemble, das Diskurse, Institutionen, architekturelle Einrichtungen, reglementierende Entscheidungen, Gesetze, administrative Maßnahmen, wissenschaftliche Aussagen, philosophische, moralische oder philanthropische Lehrsätze, kurz: Gesagtes ebenso wie Ungesagtes umfasst". Mit anderen Worten ist ein Dispositiv das Gesamt „der Mittel, Mechanismen und Maßnahmen, die zur Bearbeitung eines bestimmten Handlungsproblems eingerichtet werden" (Keller 2001, 134f.). Foucault geht davon aus, dass ein (neues) Dispositiv aus einer Notlage heraus entsteht, wenn das Prekärwerden eines (bestehenden) Dispositivs Handlungsbedarf erzeugt. Dispositive haben daher bezogen auf ihr Handlungsfeld die strategische Funktion, einen Notstand abzuwehren, gleichsam ein "Leck" (Gilles Deleuze) zu dichten.

Für die Ausprägung eines Migration/Stadt-Dispositivs spielt, so meine These, neben der nationalen politischen Kultur und dem jeweils vorherrschenden Konzept von Nation das „urban meaning“ (Castells 1981) einer Stadt die zentrale Rolle, also die stets umkämpfte Identität und Bedeutung, die einer Stadt entsprechend der Interessen und Werte der jeweils herrschenden sozialen Akteure zugewiesen wird.

1871ff.: Das Dispositiv der national-homogenen Großstadt

Der gewaltige Boom, den Berlin durch den Wandel zur Industriestadt und die Ernennung zur Hauptstadt des Deutschen Reiches nach 1871 erlebte, ging mit einer starken Zuwanderung auch ausländischer Arbeiter einher. Das Dispositiv der national-homogenen Großstadt, dessen

Vorherrschaft drei Regime überlebte und das erst Ende der 1970er Jahre ins Abseits gedrängt wurde, entfaltete sich im Spannungsfeld zwischen dem Konstrukt der Deutschen Nation als Abstammungsgemeinschaft, einer Abschottungspolitik gegenüber Osteuropa und einem extremen Wachstum Berlins, das in wenigen Jahrzehnten seine Größe verzehnfachte.

Ein Großteil der Arbeitsmigration insbesondere aus Polen nach Berlin war temporär: Aus dem nun geltenden ‚ius sanguinis‘ »entwickelte sich seit dem Beginn der wirtschaftlich motivierten Wanderungsbewegungen [...] osteuropäischer Arbeiter ins Deutsche Reich ein Prinzip der Abweisung von Ausländern, das auf die Exklusivität der blutlichen Abstammung aufbaute« (Herbert 2001: 68). Die rassistische Aufnahmepraxis selektierte als »artverwandt« und »würdig« geltende Angehörige westlicher Nationen von Juden und Slawen, die als »unerwünschte Elemente« abgewehrt werden sollten. Die durch Massenausweisungen ergänzte Abwehrpolitik verhielt sich komplementär mit einer selektiven Zuwanderung unter dem Vorbehalt der Nützlichkeit (vgl. Ha 2003): In Berlin erhielt die Industrie besonders für öffentliche Großbauten wie U- und S-Bahnstrecken oder das Reichstagsgebäude Sondergenehmigungen, um ausländische Arbeiter zu beschäftigen. So bildete sich trotz des Beschäftigungsverbots für Ausländer ein doppelter Arbeitsmarkt heraus, in dem Ausländer mit Niedrigstlöhnen als Konjunkturpuffer dienten. Bei schlechter Konjunkturlage erfolgten Massenausweisungen, legitimiert durch eine »nationalpolitische Demagogie« (Herbert 2001: 49). Legal beschäftigte Industriearbeiter wurden in Massenquartieren separiert, um nicht sesshaft zu werden. Im Ersten Weltkrieg schlug die repressive Reglementierung der Migration in offene Zwangsarbeit um, um den kriegsbedingten Mangel an Arbeitskräften zu kompensieren. Dies wäre ohne jahrzehntelange Überfremdungsdebatten und ein repressives Sonderrecht für Ausländer nicht denkbar gewesen.

Auch in der Weimarer Republik blieb die Ausländerpolitik eine „ethnonational orientierte antipolnische Abwehrpolitik“ (Oltmer 2003: 87). Als gleichwohl in den 20er Jahren mehrere Hunderttausend russische Emigranten nach Berlin und Paris zogen, galt dies in Berlin als Bedrohung, in Paris hingegen als Bestätigung seiner herausragenden Bedeutung (vgl. Kiecol 2001): Im Gegensatz zu Paris, dessen kosmopolitischer Charakter sich als »Hauptstadt des 19. Jahrhunderts« (Walter Benjamin) verfestigt hatte, durchlebte Berlin ein rasendes Wachstum zur drittgrößten Stadt der Welt und wurde als anonyme und beängstigende Agglomeration wahrgenommen. Zugleich verfolgten die herrschenden Akteure vom Kaiserreich bis später zu den Nationalsozialisten zwar stets das Ziel, Berlin zum imposanten Symbol für den deutschen Weltmachtstatus auszubauen, sie verdammten aber »Spree-Babel«, also die Internationalität und Liberalität der modernen Metropole als gesellschaftszerstörend. Selbst Linksliberale polemisierten üblicherweise gegen das internationale Flair.

Dem Vorwurf der beängstigenden Haltlosigkeit Berlins, der sich mit der Erschütterung überkommener Orientierungen im Ersten Weltkrieg und in den Revolutionsereignissen zuspitzte, begegnete die progressive Stadtverwaltung in den 20er Jahren, indem sie die Stadt als Symbol des Jungen stilisierte: Berlin „strebte danach, mit dem Attribut der Jugendlichkeit Assoziationen wie Leistungsfähigkeit, Kraft, Optimismus, Dynamik zu wecken und sich mit der Nachkriegsjugend in eins zu setzen« (Stremmel 1992: 155). Dieses fragile Gefüge brach aber bereits mit der Weltwirtschaftskrise nach 1929 zusammen, ein Großteil der Bevölkerung verelendete. In der Krise verschärfte sich erneut eine »Abwehrhaltung gegen alles Fremde« (Kiecol 2001: 73). Nicht nur konservative Strömungen sahen die Vision eines modernen Berlin als gescheitert an und suchten die urbane Vielfalt einzudämmen.

Nach der Machtergreifung übernahmen die Nationalsozialisten bestimmte Berlinbilder aus der Weimarer Republik, um der Welt eine vorbildliche Hauptstadt vorzustellen. Auch sie propagierten Berlin als Weltstadt moderner Technik und griffen auf das Symbol der Jugendlichkeit zurück: Der offizielle Stadtführer „Das neue Berlin“ präsentierte eine „junge, lebensfrohe, saubere, großzügige Stadt« (Stremmel 1992: 278). Eine internationale oder liberale urbane Vielfalt suchten die Nationalsozialisten allerdings zu eliminieren. Dabei unterschied sich ihr institutioneller Rassismus gegenüber ›Fremdarbeitern‹, so Ulrich Herbert (2001: 187), weniger durch seine prinzipielle Ausrichtung als durch radikale Zuspitzung von der jahrzehntelangen rassistischen Diskriminierung insbesondere von Osteuropäern. Auch die Lebensbedingungen der ab 1940 importierten Zwangsarbeiter waren an die traditionelle rassistische Hierarchie gekoppelt, die Sowjetbürger mit Juden und ›Zigeunern‹ ganz unten einordnete. Sie mussten als unterernährte Gefangene in Lagern leben, während westeuropäische Zwangsarbeiter den gleichen Lohn wie Deutsche erhielten und sich frei in der Stadt bewegen konnten. Trotz einer Anweisung der ›Gestapo‹, alle Ausländer in Lager zu überführen, sollen 120.000 ›Fremdarbeiter‹ in Privatunterkünften inmitten Berlins gewohnt haben.

Nach dem Krieg verlor Berlin seine Bedeutung als eine der wichtigsten Metropolen Europas. In Westberlin blieben Wirtschaftswachstum und Lohnniveau weit hinter der BRD zurück. Erst als infolge des Mauerbaus die ‚Grenzgänger‘ nicht mehr im Westen arbeiten konnten, mangelte es der Industrie an Arbeitskräften. Als nun ausländische ‚Gastarbeiter‘ meist in der Türkei angeworben wurden, da sich in den westeuropäischen Vertragsländern kaum mehr Ausreisewillige finden ließen, waren in der Bundesrepublik rechtliche und politische Rahmenbedingungen lange zementiert. Das vorgesehene Rotationssystem und die bereits drei Gesellschaftssysteme überdauernde ›Legitimationskarte‹ verdeutlichen eine frappierende Kontinuität der Ausländerpolitik und entlarven die Narration des Neuanfangs als »Fiktion« (ebd.: 201): In den 50er Jahren wurden die › Ausländerpolizeiverordnung (APVO)‹ und die ›Verordnung über ausländische Arbeitnehmer‹ der Nationalsozialisten wieder eingesetzt. In Kontinuität zur APVO zielte auch das Ausländergesetz von 1965 darauf, Nichtdeutsche lückenlos erfassen und bei Bedarf ausweisen zu können. Eine Selektion nach Herkunft und Hautfarbe war offizielle Politik: So bekamen sog. ›Afroasiaten‹ – als »Gesamtkategorie des unvereinbar Fremden« (Schönwälder 2001: 259) – prinzipiell keine Aufenthaltserlaubnis.

Auch politische und mediale Einschätzungen hatten sich seit der Kaiserzeit kaum geändert: Positiv bewertet wurde der Einsatz ausländischer Arbeitnehmer als mobile Konjunkturpuffer. Als in den ersten Rezessionen der ökonomische Nutzen fraglich wurde, verfestigte sich ein öffentlicher Diskurs vom ›Ausländerproblem‹, der 1973 im Anwerbestopp mündete. Die Redeweisen über ›Andersartigkeit‹ und fehlende Assimilation beruhten auf der Vorstellung einer von Fremden illegitim angeeigneten nationalen Wirtschaft und Kultur. »Offensichtlich war diese im deutschen Nationalismus seit Ende des neunzehnten Jahrhunderts so einflussreiche Bedrohungssituation noch vertraut und nicht aufgrund der Geschichte desavouiert« (ebd.: 200).

Das zentrale Element des Dispositivs der national-homogenen Großstadt ist die Vorstellung des Ausländers als Fremdkörper. In der Stadt materialisierte sich dies durch die beiden Raumtypen Lager und ‚Ghetto‘. Das Lager ermöglicht es aus Sicht der staatlichen Apparate, Zuwanderer vollkommen unter Kontrolle zu halten. Das als freiwillige räumliche ‚Ballung‘ der Einwanderer gedeutete ‚Ghetto‘ hingegen verkörpert die Gefahr, eben diese Kontrolle zu verlieren. Die Behörden suchten daher möglichst viele ausländische Arbeitnehmer in Lagern unterzubringen, um sie von Einheimischen zu separieren. Noch 1971 existierten in Berlin 400

Wohnheime für Gastarbeiter. Dabei erinnerten die ›Menschenhaltung‹ in überbelegten, notdürftig ausgestatteten Baracken, die Überwachung des Verhaltens in der Privatsphäre sowie die räumliche Aufenthaltskontrolle an Herrschaftsmuster aus den früheren Kolonien. (Freiburghaus/Kudat 1974: 51).

Allerdings hatten sich schon im Berlin der Kaiserzeit die meisten polnischen Einwanderer über die Arbeiterviertel verstreut. Selbst den Nationalsozialisten gelang es nicht, alle Ausländer in Lagern unterzubringen. In diesem Rahmen diente das innerstädtische Scheunenviertel als Projektionsfläche einer ‚volkspolitisch gefährlichen Zusammenballung‘ armer und oft jüdischer Einwanderer aus Osteuropa. Von 1906 an begann die Stadtverwaltung eine später von den Nationalsozialisten fortgeführte Kahlschlagsanierung, um unerwünschte Einwanderer zu verdrängen und sie als ›lästige Ausländer‹ auszuweisen oder in periphere Barackenlager umzusiedeln. Auch in Westberlin strukturierte der ‚Ghetto‘-Diskurs die Debatte über die Ausländerpolitik. Als sich in den frühen 70er Jahren Quartiere mit einer deutlichen Sichtbarkeit von Migrant*innen bildeten, fürchtete man das Entstehen von ›Ghettos‹ und eine Desintegration der ›formierten Gesellschaft‹. 1973 dramatisierten sich Warnungen vor explosiven Lagen in den Städten: Der wieder auflebende Begriff ›Fremdarbeiter‹, der auf plündernde Zwangsarbeiter am Ende des Krieges verwies, assoziierte Einwanderer als ›wandelnde Zeitbomben‹. Das ›Ghetto‹ etablierte sich zur zentralen Metapher des Ausländers als Fremdkörper, der sich vorzüglich von den Deutschen separieren wolle. Um ihre räumliche ‚Ballung‘ zu verringern, erließ der Senat schließlich eine Zuzugssperre für Ausländer nach Kreuzberg und zwei weitere Bezirke. Kreuzberg, ein ärmlicher Arbeiterbezirk, in dem schon viele der aus dem Scheunenviertel verdrängten Einwanderer untergekommen waren, entwickelte sich zum bundesweiten Symbol der ideologischen Schlachten um den Immigrationskomplex und galt als »entsetzliches«, von Ausländern und Aussteigern bewohntes, die Bürger bedrohendes Ghetto (FAZ 13.06.75).

1981ff.: Das Dispositiv der multikulturell-differenziellen Metropole

Im Verlauf der 70er Jahre geriet der ideologische Konsens in der Ausländerpolitik in einen Widerspruch zu dauerhaften Einwanderungsprozessen und entsprechenden städtischen Alltagserfahrungen. Bis dahin wurden Migrant*innen als temporäre Gastarbeiter definiert und als einheitliche Kategorie ‚fremder Volksangehöriger‘ verstanden. Im städtischen Alltag wurden hingegen bestimmte ›Fremde‹ kaum mehr als solche wahrgenommen, andere aber umso mehr. Als zunehmend außereuropäische Asylsuchende nach Europa gelangten, zeichnete sich ein neues Klassifizierungssystem ab, das auf kulturellen und ethnischen Differenzen gründete. Die Frage der Integrationsfähigkeit von Ausländergruppen wurde im Verlauf der 80er Jahre an eine nationale und kulturelle Identität gekoppelt, die ähnlich der Abstammung als »geistig und seelisch angeboren« (Morgenstern 2002: 315) galt.

In Berlin war in den späten 70er Jahren die sozialdemokratische Stadtentwicklungspolitik, die durch zentralistische Planung einen homogenen, in funktionale Zonen getrennten städtischen Raum sowie standardisierte Lebensverhältnisse angestrebt hatte, in die Krise geraten: Gesellschaftliche Umbauprozesse sprengten „das System sozialdemokratischer Vergesellschaftung“ (Homuth 1987: 101). Das Leitbild der modernen Stadt scheiterte an nachlassenden staatlichen Steuerungsmöglichkeiten und finanziellen Mitteln sowie einem breiten Widerstand in der Bevölkerung. Schließlich war es ein Bauskandal, der 1981 die jahrzehntelange sozialdemokratische Vorherrschaft in Berlin beendete und die Christdemokraten an die Macht brachte, die mit

kurzer Unterbrechung die Berliner Politik bis 2001 dominierten. 1981 markiert so, wie ich im Folgenden zeigen möchte, das Entstehen des neuen Migration/Stadt-Dispositivs einer multi-kulturell-differenziellen Metropole, das auf den Notstand des in die Krise geratenen Dispositivs der national-homogenen Großstadt reagierte und sich mit diesem verschachtelte.

Insbesondere in Kreuzberg war „das Kartell aus Wohnungsbauunternehmen und staatlicher Planung“ am Widerstand der Bevölkerung gescheitert (Krätke/Schmoll 1987: 53). 1981 wurden dort zahlreiche besetzte Häuser zum Teil gewaltsam verteidigt. Um der Krise der fordistischen Stadt mit geeigneten Stadterneuerungsstrategien zu begegnen, setzte das Abgeordnetenhaus eine Internationale Bauausstellung ein. Sie umfasste sozialpädagogische, baulich-räumliche und Selbsthilfe fördernde Konzepte und beschäftigte einen türkischen Ausländerbeauftragten, um die Integration der Migranten voranzutreiben. Diese behutsame Stadterneuerung orientierte sich an Bedürfnissen der Bewohner und fungierte als präventive Sozialpolitik. Der Sozialsenat wiederum legte ein Förderprogramm für Selbsthilfegruppen auf, das bald 50 Gruppen mit ausländerpolitischer Zielsetzung unterstützte. Die Schlagworte dieses »Formwandels lokalstaatlicher Aktivitäten« (ebd: 61) – Flexibilisierung, Dezentralisierung, Selbsthilfe, Beteiligung und »endogene Entwicklung« - waren für neokonservative CDU-Positionen, die den Sozialstaat zugunsten lokaler Gemeinschaften, individueller Verantwortlichkeiten und marktnaher Regulation zurückdrängen wollten, ebenso attraktiv wie für eine alternative Szene, die in neuen Beteiligungsverfahren ihre Interessen durchsetzen konnte.

Die ausländerpolitische Programmatik des neuen Senats korrespondierte mit diesem stadt- und sozialpolitischen Wandel: Bis dahin als »Problem staatlicher Planung« verstanden, etablierte sich Ausländerpolitik nun als »Beauftragtenpolitik« (Schwarz 2001). Als erstes Bundesland führte Berlin 1981 das Amt eines »Ausländerbeauftragten« ein, das ausländerpolitische Maßnahmen konzipieren und koordinieren sollte. Barbara John, die das Amt 22 Jahre lang innehaben sollte, verfolgte eine zwiespältige Politik. Deren restriktive Seite suchte im Gleichklang mit der ab 1982 konservativen Bundesregierung die Ausländerzahlen zu verringern. Zugleich setzte sie auf die Weltoffenheit der Berliner und warb um Akzeptanz ‚anderer Kulturen‘. Galten migrantische Selbstorganisationen bis dahin eher als ghettofördernde Instanzen, wurde nun eine temporäre ‚Betonung der eigenen ethnischen Identität‘ nicht mehr per se als integrationshemmend interpretiert. Vielmehr unterstützte der Selbsthilfetopf des Sozialsenats eine an konservative Traditionen anknüpfende »Honoratiorenpolitik« (Thomas Schwarz), die Zuwanderer nicht als bedürftige Opfer sondern als selbständige Subjekte wahrnahm. Zunehmend ging es um soziale Probleme wie die mangelhafte Ausbildungssituation der Jugendlichen oder die mit der städtischen Deindustrialisierung steigende Arbeitslosigkeit der Einwanderer. Diese Senatspolitik, die gesellschaftliche Aktivitäten der Migranten nicht zuletzt förderte, um deren Ausschluss aus dem politischen System zu kompensieren, veränderte die organisierten *Communities*. Ursprünglich politische Initiativen gründeten jetzt Nachbarschaftsheimen oder Jugendprojekte, um die Förderkriterien zu erfüllen.

Da die geschilderten Interventionstechniken ihre Inputs aus den soziokulturellen Bedürfnissen der Betroffenen zogen, geriet die städtische Kulturpolitik zum zentralen Instrument sozialer Steuerung. Obwohl die Auszehrung Westberlins durch einen Rückgang der Bevölkerung, steigende Arbeitslosigkeit und immer höhere Bundessubventionen 1985 deutlich sichtbar war, bezeichnete der Regierungschef Eberhard Diepgen Berlin als Kulturmetropole, die sich mit Paris, London und New York messen könne. Wie schon in den vorherigen Regimes galt: »Berlin ist vor allem eine junge Stadt, eine Stadt für die Jugend« (Presse- und Informationsamt 1985: 29). Das urbane Recycling, sich mehrende Massenfeste sowie die Förderung

soziokultureller Initiativen verschmolzen zu einer »Identitätspolitik« (Homuth 1987: 103). Das Versprechen kultureller Toleranz und Vielfalt sollte jene Milieus symbolisch integrieren, die im sozio-ökonomischen Umbauprozess auseinander drifteten.

Der Integrationsbegriff des Senats war Teil dieser soziokulturellen Identitätspolitik, insofern er auf Wohlfühlaspekte und Kultur, nicht aber auf soziale Rechte zielte: Integration bedeutete »ein möglichst spannungsfreies Zusammenleben, [...] miteinander wohl- und zuhause fühlen«. Erstmals galt, dass »das Nebeneinander verschiedener Bräuche und Kulturen [...] als eine Bereicherung durch Vielfalt erlebt werden [kann]. Der Berliner Senat bevorzugt deshalb Integrationsprogramme, die der kulturellen Eigenständigkeit der Ausländer breiten Raum lassen« (Der Senator für Gesundheit 1982: 6f.). Diepgen betonte, dass eine »Metropole wie Berlin von der Vielfältigkeit [lebt], von der Verschiedenheit, von Zuwanderern« (Presse- und Informationsamt 1985: 30). Er rühmte einerseits den Rückgang türkischer Ausländer als Ergebnis der CDU-Politik und verknüpfte andererseits die Anwesenheit von Einwanderern nicht mehr mit ihrem ökonomischen Beitrag sondern mit jenem zur kulturellen Vielfalt der Metropole. Hier offenbart sich eine Transformation von der »Großstadt«, die für vereinheitlichte Kultur und soziale Egalität stand, zur »Metropole«, in der soziale Gegensätze in der Pluralisierung der Lebensstile naturalisiert werden. Dabei herrschte ein „assimilativer Multikulturalismus“ (vgl. Lanz 2007) vor, der kulturelle Vielfalt zwar duldet, fördert und nutzt, darunter aber das hierarchische Verhältnis zwischen einer die Norm repräsentierenden Mehrheitsgesellschaft und eingewanderten Gemeinschaften versteht, die sich an vorgegebene Normen anzupassen haben.

Während dem Sozialsenat und der Ausländerbeauftragten »der integrationspolitische Teil einer zwiespältigen Politik zugewiesen« (Schwarz 2001: 132) wurde, waren bis zum Jahr 2001 die rechtskonservativen Innensenatoren für die repressiven, aus dem Dispositiv der national-homogenen Großstadt übernommenen Aspekte zuständig, die den Familiennachzug erschweren, Ausweisungen forcierten, repressive Assimilationsansprüche erhoben und in den späten 90er Jahren den Ghettodiskurs wieder aufleben ließen.

Das kurzzeitige Interregnum einer rot-grünen Koalition, der Fall der Mauer im November 1989, die Vereinigung der Stadt und die Hauptstadtentscheidung brachten keine wesentlichen Veränderungen der städtischen Ausländerpolitik mit sich. Zum einen führten die irrwitzigen Boom-Phantasien – Politik und Experten prophezeiten nach 1990 einen Bedeutungssprung Berlins zu einer *Global City* mit sechs Millionen Einwohnern – eine (traditionelle) Politik der Abschottung gegenüber einer als drohenden Springflut imaginierten osteuropäischen Zuwanderung mit sich. Dies wurde durch einen rassistischen antislawischen Diskurs legitimiert, der schon das Dispositiv der national-homogenen Großstadt beherrscht hatte. Zum anderen galten integrationspolitische Fragen angesichts der Aufgabe, Berlin wiederzuvereinigen und infrastrukturell auf den vermeintlichen Boom vorzubereiten, als nachrangig: Berlin, so konstatierte Eberhard Diepgen in seiner Regierungserklärung 1991, könne in der Situation des Umbruchs keine Einwanderungsstadt werden. Auch der in der Großen Koalition nun mitregierenden SPD ging es vorrangig darum, „Fremdheit zwischen Ost und West [-Berlin] abzubauen“ (SPD-Berlin 1991).

Während repressive Maßnahmen des Innensenats darauf zielten, Zuwanderung – nicht zuletzt mithilfe von Massenabschiebungen von Polen – zurückzudrängen, vertiefte die Ausländerbeauftragte einen Multikulturalismus, der Migranten die Repräsentation ihrer „kulturellen Iden-

titäten“ ebenso ermöglichte wie er sozialpolitisch auf ihre Selbsthilfe zielte. Um „ein konkretes Zeichen zu setzen für die wachsende kulturelle Vielfalt“ Berlins, gründete sie eine „Werkstatt der Kulturen“ (John 2005: 9), die seit 1996 einen schnell zum touristischen Mega-Event anwachsenden „Karneval der Kulturen“ veranstaltet. Im Rahmen des historischen deutschen Konzepts, das Kulturen als ethno-nationale Einheiten definiert, folgte dieses „Identitätsspektakel“ (Levent Soysal) in der öffentlichen Wahrnehmung bis weit in die 00er Jahre einer Logik der „Völkerschau“ (Barbara John), in der sich ‚fremde‘ Ethnokulturen der Mehrheitsgesellschaft darstellen.

Während der Karneval der Kulturen zum allseits geschätzten Symbol für einen gelebten Multikulturalismus heranwuchs, gewannen in Berlin sozio-ökonomische Krisenszenarien an Raum. Denn die urbanen Boomträume waren nach kurzer Zeit geplatzt und Zweidrittel der Industriearbeitsplätze verschwunden. Die Arbeitslosigkeit pendelte sich zwischen 15 und 20% ein, Berlin steuerte in eine dramatische Schuldenkrise hinein und die Große Koalition etablierte eine Austeritätspolitik, die kommunale Leistungen kürzte und privatisierte. Im öffentlichen Diskurs setzten sich ab 1997 düstere Krisenszenarien durch, die Berlin sozio-ökonomisch niedergehen sahen. Insofern gerade innerstädtische Einwandererviertel eine hohe Arbeitslosigkeit und Verarmungsrate aufwiesen, lebte ein Ghetto-Diskurs wieder auf, der identische Diskursfiguren wie seine historischen Vorläufer enthielt und sich mit Kreuzberg und später Neukölln auf dieselben Stadträume richtete. Wieder ging es um die vorgeblich freiwillige Abschottung der Einwanderer von ‚den Deutschen‘, ihre fehlende Bereitschaft, sich zu integrieren, und um eine bedrohliche Verslumung. Gleichwohl setzte sich schließlich das politische Konzept der ‚Sozialen Stadt‘ durch, das mithilfe jener präventiven, auf Selbsthilfe und Partizipation zielenden Sozialpolitik in benachteiligte Quartiere intervenierte, die in den frühen 80er Jahren entwickelt worden war.

2001ff.: Das Dispositiv der kosmopolitisch-diversitären Metropole

Im Jahr 2001 platzte die große Koalition, wieder an einem Skandal, und nach Neuwahlen bildeten SPD und PDS (heute Die Linke) die sogenannte rot-rote Koalition. Wiederum war diesem politischen Bruch ein tiefgreifender Wandel vorangegangen, der sich sowohl auf das ‚urban meaning‘ Berlins als auch auf die nationale Einwanderungs- und Integrationspolitik bezog. Die daraus resultierende Krise des herrschenden Migration/Stadt-Dispositivs, hier der multikulturell-differenziellen Metropole, erzeugte einen ‚Notstand‘, in dem sich ein neues Dispositiv, jenes der kosmopolitisch-diversitären Metropole, etablierte.

Auf der nationalen Ebene hatte die Reform des Staatsbürgerrechts der seit 1998 regierenden rot-grünen Koalition erstmals seit Gründung des Nationalstaats mit dem ‚ius sanguinis‘ gebrochen und Deutschland zum Einwanderungsland erklärt. Bundeskanzler Schröder hatte zudem eine „Greencard“-Initiative gestartet, die erstmals seit dem Anwerbestopp von 1973 ausländische Arbeitskräfte rekrutieren sollte. Obwohl sie nur eine modernisierte, auf ‚Hochqualifizierte‘ zugeschnittene ‚Gastarbeiter‘-Anwerbung zustande brachte, verankerte sie eine neue Idee im nationalen politischen Diskurs, die Einwanderung an die globale Wettbewerbsfähigkeit des Landes koppelte.

Im Kontext der politischen Philosophie der rot-grünen Bundesregierung und ihrem Umzug von Bonn nach Berlin hatte sich auch das mediale Bild Berlins, das 1998 noch von Szenarien eines urbanen Verfalls dominiert war, fundamental gewandelt. Bereits 1999 jubelte die ›Spiegel‹-

Nummer ›New Berlin – Aufbruch zur Weltstadt‹ (H. 36/99) die Stadt in der Nachfolge New Yorks zur paradigmatischen Weltmetropole des neuen Jahrhunderts hoch. Mit der rot-grünen Bundesregierung zog die Figur des ›Culturepreneur‹, eines neuartigen kulturellen Unternehmertypus, in das Raumbild von Berlin als nationaler Hauptstadt und in die Imagepolitik der Regierung ein. Bei seinem Ansinnen, die nationale Identität nach der Kohl-Ära zu reformieren, stilisierte Bundeskanzler Schröder eine urbane ›Neue Mitte‹ zum Hauptadressaten seiner Politik. Insofern sich die subkulturelle Vielfalt aus dem Nachwende-Berlin zunehmend kommerzialisiert und allerlei Kulturindustrien – wie MTV oder Universal Music – in die Stadt gelockt hatten, erschien Berlin als *cooles* Territorium mit optimalen Entwicklungsmöglichkeiten für innovative *Culturepreneurs* (Lange 2005): Berlin geriet in der medialen Wahrnehmung zur »Menschenwerkstatt« und zum »Versuchslabor für überfällige Veränderungen« (Spiegel, H. 36/99). Dieser neue Berlindiskurs deutete nicht zuletzt neue Einwanderer, die als besonders dynamisch galten, als Pioniere eines neoliberalen, auf individuelle Selbstverantwortung setzenden gesellschaftlichen Umbaus.

Auch international wurde Berlin verstärkt als „spannende“ Metropole mit dynamischen Kulturszenen, gesellschaftlicher Liberalität und der Verfügbarkeit kommerziell nicht verwerteter Räume wahrgenommen. Neben dem Tourismus begannen temporäre Zuwanderungsformen junger Erwachsener zu boomen, die als Studierende, Künstler oder Langzeit-Reisende einreisten und erstmal blieben. Wieder rückte nun das Label der Jugendlichkeit Berlins in den Vordergrund des offiziellen Stadtmarketings. Des Botschaft hieß „das junge Berlin: Berlin bekommt ein neues Gesicht: frisch, dynamisch, jung“ (Berlin-Brief 99/01). Berlin wurde als Stadt der Zukunft, als kulturelle Hauptstadt des 21. Jahrhunderts (Hurtado 2005) mit den Attributen kosmopolitisch, urban und vielfältig konzipiert. Wie in den 1920er und 80er Jahren wurde das ‚urban meaning‘ der Stadt um ihre kulturelle Kraft und Vielfalt sowie ihre vermeintliche Jugendlichkeit herum konstruiert, um der Stadt einen Ausweg aus einer tiefen sozio-ökonomischen Krise zu weisen.

Nicht zuletzt im Kontext urbaner Erfahrungen, in denen neue Formen internationaler Mobilität und kultureller Hybridisierung zum Alltag zu gehören begannen, zerbröselte die Autorität des Dispositivs einer multikulturellen Metropole, das Kulturen in historischer Kontinuität als abgrenzbare, nebeneinander her existierende Einheiten verstand. Auch ein von urbanen Verfallserzählungen geprägtes Berlin-Bild, das sich in Ghetto-Diskursen manifestierte, die alltäglich erlebbaren kulturellen Dynamiken gerade in Kreuzberg diametral widersprachen, konnten keine ausreichende Überzeugungskraft mehr entfalten. Im Gegensatz zu den 20er Jahren, in denen ‚Ausländer‘ als unerwünschte oder zumindest suspekten Fremdkörper galten, und zu den 80er Jahren, als sie als ethnisch-kulturell ‚Andere‘ auf Abstand zum ‚Eigenen‘ gehalten wurden, erstarkte in diesem Rahmen erstmals ein Diskurs, der kein natio-ethno-kulturelles Eigenes mehr von einem ‚Anderen‘ abspaltet sondern nationale, kulturelle, ethnische ebenso wie soziale Diversität als charakteristisches Merkmal einer Metropole deutet und für förderungswürdig erklärt.

Gerade aus einem ökonomischen Blickwinkel wurde nun auf die Dynamik kultureller Hybridisierungsprozesse gesetzt: „Der positive Umgang mit Vielfalt, so heißt es im Integrationskonzept, das der rot-rote Senat 2005 verabschiedete, „fördert die interkulturelle Kompetenz, die Lebendigkeit und Handlungsfähigkeit der Stadt und führt zu Vorteilen im internationalen Wettbewerb um Attraktivität“ (Abgeordnetenhaus 2005: 71). Erstmals wird in diesem offiziellen politischen Dokument in Berlin der essentialistische deutsche Kulturbegriff durch ein

Konzept ersetzt, das Kulturen als dynamische Sets alltäglicher Praktiken und Diskurse versteht, die sich stets vermischen und gegenseitig beeinflussen. Zudem, und auch dies markiert eine Verschiebung gegenüber dem traditionellen Multikulturalismus, geht es nun primär um ökonomische Potentiale von Einwanderern für die global konkurrierende Metropole.

Dieser „diversitäre Multikulturalismus“ (Lanz 2007) schlägt sich auch in veränderten Raumbildern nieder. In seinem Fokus stehen nicht mehr Stadträume, die in einem defizitären Sinne von der vermeintlichen Normalität abweichen („Ghettos“), sondern als kosmopolitisch imaginierte Stadtteile, deren selbstverständliche, hochgradig fluide Internationalität weder im Sinne einer Arbeitermigration noch im Sinne einer dauerhaften Einwanderung an das klassische deutsche Bild von „Migration“ gekoppelt ist. Die Stadt gilt hier nur als ›zukunftsfähig‹, wenn sie sich als kosmopolitisch genug erweist, um für globale mobile Milieus attraktiv und offen zu sein. Gerade das jüngst noch als „Ghetto“ geschmähte Kreuzberg gilt hier als modellhaftes Labor einer erfolgreichen Einwanderungsstadt. So bezeichnete die rot-rote Sozialsenatorin mit Verweis auf das Jahresgutachten des nationalen „Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration“ von 2004 die Kreuzberger Vielfalt als wertschöpfenden Standortfaktor, der den Zuzug von Kreativen und Medienunternehmen bewirke (Lanz 2007: 226).

In Kreuzberg selbst versuchte die Bürgermeisterin im Jahr 2004 ein „interkulturelles Gesamtkonzept“ zu realisieren, das unter dem Begriff des „Managing Diversity“ Institutionen interkulturell öffnen, Potentiale ethnischer Minderheiten fördern sowie Diskriminierungen abbauen sollte und sich ausdrücklich vom herrschenden Integrationsbegriff löste. Diese Abkehr von einem Paradigma der Integration, das einseitig Migranten aufforderte, sich in die Mehrheitsgesellschaft einzufügen, stellte sich allerdings selbst im einwanderungspolitisch progressiven Kreuzberg als nicht durchsetzbar heraus. Gleichwohl hat sich der regierungsamtliche Integrationsbegriff deutlich verschoben. In den „12 Essentials der Berliner Integrationspolitik“, welche die Grundlage für das Integrationskonzept des Senats bilden, ist Integration nicht mehr eine Form von „Restriktion“ (vgl. Schulte 2000), sondern enthält eine Aufforderung an die Aufnahmegesellschaft auf, »Institutionen und Verfahren interkulturell zu öffnen« (Abgeordnetenhaus, Dr. 15/4208: 9). Integrationspolitik ist hier als dauerhafter, alle Bevölkerungsgruppen einbeziehender Prozess konzipiert und soll die soziale, ökonomische, rechtliche und kulturelle Dimension von Integration umfassen.

Das politische Ziel der Diversität, das hier an eine Gleichstellung unterschiedlichster sozialer Milieus und Lebensweisen in der Stadt gekoppelt ist, hat jedoch noch eine andere Seite, die an das von der rot-grünen Bundesregierung durchgesetzte Modell des aktivierenden Sozialstaats andockt: Während kommunale Integrationspolitik seit den 70er Jahren »in weiten Teilen [...] identisch mit Sozialpolitik« (Sackmann 2001: 17) war – das Multikulturkonzept der 80er Jahre ergänzte dies durch soziokulturelle Identitätsangebote – ging dieser soziale Charakter mit dem ›neoliberal turn‹ zunehmend verloren: Gerade im Feld der Integrationspolitik offenbart sich eine „Ökonomisierung des Sozialen“ (Lemke 1997: 248). Insofern in Berlin die Arbeitslosenquote der statistischen Ausländer im letzten Jahrzehnt um die 40 Prozent herum pendelte, geht an Einwanderer ein fordernder Appell, ihr ökonomisches Potential auszuschöpfen. Integration bedeutet hier ihr gelingendes 'Anrufen' als ohne Sozialleistungen auskommende Subjekte, die eigeninitiativ an der städtischen Gesellschaft partizipieren. Da der Staat das Subjekt als unternehmerisches Selbst anruft, »müssen jene, die integriert sind, ihr Handeln nach Maßgabe einer ›Investition‹ in die eigene Person und ihre Familie kalkulieren“ (Rose 2000: 95). In das Zentrum von Integrationspolitik rücken Bildung und „Aktivierung“ der Indi-

viduen, während soziale Bedingungen wie ein institutioneller Rassismus, der auch qualifizierte Einwanderer am Arbeitsmarkt benachteiligt, tendenziell ausgeblendet werden (vgl. Lanz 2009).

Dem Dispositiv der kosmopolitischen Metropole liegt so eine Vorstellung von Diversität zugrunde, die eine kulturelle, soziale und ethnische Vielfalt individueller Stadtbewohner als gesellschaftlich bereichernd und ökonomisch nützlich versteht, daraus resultierende soziale Ungleichheiten aber in Kauf nimmt und die Individuen als unternehmerische, für ihre materielle Existenz selbst verantwortliche Subjekte adressiert.

Wie schon in 1980er Jahren bedeutet die Etablierung eines neuen Migration/Stadt-Dispositivs, in dessen Zentrum die Vorstellung einer gesellschaftlich diversitären Stadt steht, nun keineswegs, dass die Elemente der beiden anderen Dispositive völlig verschwunden wären. Auch in Berlin erstarkten in Folge der New Yorker Anschläge vom 11. September 2001 politische Positionen, die basierend auf dem historischen Archiv des deutschen Einwanderungsdiskurses einen *Clash of Cultures* herbeireden und insbesondere Muslime zu Anderen rassifizieren. Wieder erstarkte dabei ein mit stigmatisierenden politischen Interventionsvorschlägen einhergehender Ghetto-Diskurs, der sich diesmal auf Neukölln richtet: Dieses symbolisiert darin nicht nur die Probleme der Einwanderungsstadt sondern den gesellschaftlichen Unort par excellence, an dem sich alle vermeintlichen Bedrohungen – Desintegration, Armut, Ausgrenzung, verrohende Jugend, Religionskonflikt, Gewalt – räumlich zu einem gewaltigen sozialen und kulturellen Sprengstoff verdichten. Gleichwohl entfalten derartige Vorstellungen im Berlin der 2000er Jahre keine ausreichende Überzeugungskraft, um das Konzept der kosmopolitischen Metropole zu überlagern.

Fazit

Der historische Rückblick auf die Verschränkung von Einwanderung und Stadtentwicklung in Berlin offenbart die Existenz dreier Migration/Stadt-Dispositive, die sich im Kontext bestimmter historischer Ereignisse etablierten, um ein jeweiliges ‚Leck‘ zu dichten, das eine Krise des vorherrschenden Dispositivs gerissen hatte.

Das erste Ereignis stellt wenig überraschend die Gründung des deutschen Nationalstaats dar: Dabei entwickelte sich das Dispositiv der national-homogenen Großstadt – bezogen auf den Staat – aus dem Konzept der deutschen Nation als Abstammungs- und Kulturgemeinschaft und – bezogen auf die Stadt – aus einem ‚urban meaning‘, das Berlin als stets krisenhafte ‚Stadt ohne Identität‘ deutete. Im Zusammenwirken zwischen dem Nationalen und dem Städtischen enthält dieses Dispositiv bis heute wirksame Kernelemente: Die Vorstellung von Ausländern als Fremdkörper, die sich stadträumlich im Ghetto-Diskurs manifestiert, einen essentialistischen und ethno-nationalen Kulturbegriff, der Exklusionspostulate gegenüber vermeintlich allzu fremden ethnischen Gruppen produziert, sowie – auf städtischer Ebene – eine Imagination von Berlin zum einen als proletarischer Stadt ohne Identität, Stabilität und Bürgertum, zum anderen aber auch als jugendlicher, moderner Kulturmetropole.

Weder die Übergänge zur Weimarer Republik und zum Nationalsozialismus noch zur Bundesrepublik vermochten dieses Dispositiv zu zerrütten sondern erst die Globalisierung der Migrationsbewegungen sowie der Niedergang des fordistischen Sozialstaatsmodells und des Konzepts der modernen Stadt. Mit dem 1981 vollzogenen Regierungswechsel von den Sozialdemokraten zu den Konservativen etablierte sich das neue Migration/Stadt-Dispositiv der

multikulturell-differenziellen Metropole, das sich mit dem ‚alten‘ verschachtelte. Im neuen Dispositiv blieben der essentialistische Kulturbegriff sowie die Vorstellung von Berlin als jugendlicher Kulturmetropole erhalten, aber Migranten galten nun nicht mehr per se als Fremdkörper. Auf der Basis einer Selektion zwischen ‚guten‘ (verwandten, nützlichen) und ‚schlechten‘ (vermeintlich allzu fremden) Kulturen zählten sie als potentielle Bereicherung der postfordistischen Metropole, deren Grundprinzip nicht mehr Homogenität sondern (soziale, nationale, kulturelle und räumliche) Differenz darstellte. Diese steht allerdings unter dem Schirm einer mehrheitsgesellschaftlichen Leitkultur, deren imaginierte Träger allzu weite (kulturelle, soziale) Abweichungen mithilfe restriktiver politischer Interventionen ausgrenzen oder ‚zurückholen‘. Insbesondere in Krisensituationen wie der Erschütterung der Grenzen gegenüber Osteuropa nach dem Fall der Mauer oder der Herausbildung städtischer Armutsräume in den späten 90er Jahren drängen vermeintlich überkommene Elemente des ‚alten‘ Dispositivs – wie ein antislawischer Rassismus oder ein Ghetto-Diskurs, der bestimmte ethnische Gruppen als Fremdkörper deutet – wieder an die Oberfläche.

Das Dispositiv der multikulturell-differenziellen Metropole erschöpft sich innerhalb von zwei Jahrzehnten. Wiederum verschränken sich dabei das Nationale – der Bruch mit dem Konzept der deutschen Nation als Abstammungsgemeinschaft – und das Städtische: Zum einen sind in Berlin kulturelle Hybridisierungsprozesse und eine dynamische Internationalisierung der urbanen Gesellschaft alltäglich erlebbar geworden, zum anderen gelten sie nun als zu fördernde ökonomische Standortfaktoren, die einen Ausweg aus der Krise der Deindustrialisierung weisen. Wieder ist es, im Jahr 2001, der Zusammenbruch des Senats und wenig später ein Regierungswechsel zu einer sozialdemokratisch-sozialistischen Koalition, in dessen Folge sich ein neues Migration/Stadt-Dispositiv etablieren kann: Das Dispositiv der kosmopolitisch-diversitären Metropole bricht nun mit dem essentialistischen Kulturbegriff und mit der Differenzierung zwischen einem natio-ethno-kulturellen Eigenen und Fremden, radikalisiert – und ökonomisiert – die Imagination von Berlin als global bedeutender jugendlicher Kulturmetropole und etabliert die Vorstellung einer durch soziale, kulturelle, ethnische und nationale Diversität charakterisierten städtischen Gesellschaft. Auch hier löst das neue Dispositiv die existierenden nicht komplett ab sondern verschränkt sich mit ihnen. Zahlreiche, im vergangenen Jahrzehnt geführte Debatten und aus ihnen abgeleitete politische Strategien über vermeintliche Ghettos und Parallelgesellschaften, die insbesondere muslimische ‚Andere‘ rassifizieren, offenbaren, dass zentrale Elemente aus *beiden* früher etablierten Dispositiven weiter fortleben und in krisenhaften Situationen immer wieder hochkochen.

Vielleicht spricht gerade die ökonomische Dimension von ‚Diversität‘ dafür, dass sich das Dispositiv der kosmopolitisch-diversitären Metropole – also das auf einem spezifischen Konzept von Diversität gründende Ensemble von Mittel, Mechanismen und Maßnahmen, die das Handlungsfeld Migration/Stadt in Berlin bearbeiten – stabil etablieren könnte. In Bezug auf den Immigrationskomplex würde dies bedeuten, dass in Berlin erstmals seit Gründung des deutschen Nationalstaats ethnische, kulturelle oder nationale Vielfalt sowie anhaltende internationale Migrationsprozesse offiziell als städtische Normalität gälten und sich die traditionelle Dichotomie in ‚Deutsche‘ versus Ausländer oder Einwanderer auflösen.

Literatur

Abgeordnetenhaus von Berlin 2005: Ein Integrationskonzept für Berlin. Drucksache 15/4208. Berlin

- Castells, Manuel 1983: *The City and the Grassroots*. Berkely/ Los Angeles
- Der Senator für Gesundheit, Soziales und Familie 1982: *Miteinander Leben. Ausländerpolitik in Berlin*. Berlin
- Ha, Kien Nghi 2003: Die kolonialen Muster deutscher Arbeitsmigrationspolitik. In: Hito Steyerl/ Encarnación Gutiérrez Rodríguez (Hg.): *Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik*. Münster, S. 56-107
- Herbert, Ulrich 2001: *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*. München
- Homuth, Karl 1987: Identität und soziale Ordnung. Zum Verhältnis städtischer Kultur und gesellschaftlicher Hegemonie. In: *Prokla* 68, 17. Jg., H. 3, S. 90-112
- Foucault, Michel 1978: *Dispositive der Macht*, Berlin.
- Freiburghaus, Dieter/ Ayse Kudat 1974: *Gemeinschaftsunterkünfte für ausländische Arbeitnehmer in Berlin*. Berlin
- Hurtado, Ignacio Farías 2005: Zukunft zum Greifen nah. Bedingungen, Semantik und Verortung des Berliner Stadtmarketing. In: Alexa Färber (Hg.): *Hotel Berlin. Formen urbaner Mobilität und Verortung*. Berliner Blätter, H. 37, S. 22-31
- John, Barbara 2005: Vorwort: Noch eine Berliner Pflanze. Der Karneval der Kulturen. In: Michi Knecht/ Levent Soysal (Hg.): *Plausible Vielfalt. Wie der Karneval der Kulturen denkt, lernt und Kultur schafft*, S. 7-12
- Keller, Reiner 2001: Wissenssoziologische Diskursanalyse. In: ders. u.a. (Hg.) 2001: *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden*. Opladen
- Kiecol, Daniel 2001: *Selbstbild und Image zweier europäischer Metropolen. Paris und Berlin zwischen 1900 und 1930*. Frankfurt am Main.
- Krätke, Stefan/ Fritz Schmoll 1987: Der lokale Staat – ‚Ausführungsorgan‘ oder ‚Gegenmacht‘. In: *Prokla* 68, 17. Jg., H. 3, S. 30-72
- Lange, Bastian 2005: Sociospatial strategies of culturepreneurs. The example of Berlin and its new professional scenes. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, Jg. 49, H. 2, S. 81-98
- Lanz, Stephan 2007: *Berlin aufgemischt: abendländisch – multikulturell – kosmopolitisch. Die politische Konstruktion einer Einwanderungsstadt*. Bielefeld
- Lanz, Stephan 2009: In unternehmerische Subjekte investieren. Integrationspolitik im Workfare-State. Das Beispiel Berlin. In: Sabine Hess/ Jana Binder/ Johannes Moser (Hg.): *No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa*. Bielefeld, S. 105-122
- Lemke, Thomas 1997: *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*. Berlin/Hamburg
- Morgenstern, Christine 2002: *Rassismus – Konturen einer Ideologie. Einwanderung im politischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin
- Oltmer, Jochen 2003: „Schutz des nationalen Arbeitsmarktes“: transnationale Arbeitswanderungen und protektionistische Zuwanderungspolitik in der Weimarer Republik. In: ders. (Hg.): *Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Osnabrück, S. 85-122
- Presse- und Informationsamt des Landes Berlin (Hg.) 1985: *Berliner Forum* 6/85. Stadt der Chancen. Die Regierungserklärung vom 25. April 1985 des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Eberhard Diepgen. Berlin
- Rose, Nikolas 2000: Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens. In: Ulrich Bröckling/ Susanne Krasmann/ Thomas Lemke (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, S. 72-109
- Sackmann, Rosemarie 2001: Einwanderung und Integration: Handlungsmöglichkeiten der Stadtpolitik. In: Norbert Gestring u.a. (Hg.): *Jahrbuch StadtRegion*, S. 13-34

Schönwälder, Karen 2001: Einwanderung und ethnische Pluralität. Politische Entscheidungen und öffentliche Debatten in Großbritannien und der Bundesrepublik von den 1950er bis zu den 1970er Jahren, Essen

Schulte, Axel 2000: Von der Gastarbeiter- und Ausländerpolitik zur Minderheiten- und Zuwanderungspolitik In: ders.: Zwischen Diskriminierung und Demokratisierung. Aufsätze zu Politiken der Migration, Integration und Multikulturalität in Westeuropa, S. 11-38

Schwarz, Thomas 2001: Integrationspolitik als Beauftragtenpolitik: Die Ausländerbeauftragte des Berliner Senats: In: Frank Gesemann (Hg.): Migration und Integration in Berlin. Wissenschaftliche Analysen und politische Perspektiven. Opladen, S. 127-144

SPD Berlin 1991: Wortprotokoll des Landesparteitags vom 23.11.1991. Berlin

Stremmel, Ralf 1992: Modell und Moloch. Berlin in der Wahrnehmung deutscher Politiker vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum 2. Weltkrieg. Bonn